Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Nr. 88. Jahrgang 197.

Bezugs-Preis für Halle u. Vororte 2,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Post-Zeitungsliste Nr. 3259. Die Hall. Zeitung erscheint wochentäglich zweimal. — Gratis-Beilagen: Hall. Courier (tägl. Zeitungsbeil.), Illustrirtes Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Montag-Ausgabe

Anzeigen-Gebühren für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Halle 15 Pfg., auswärts 20 Pfg. Amtliche Anzeigen 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 75 Pfg. Anzeigen-Annahme bei der Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a/S. Leipzigerstr. 87. Hinterhaus. Telephon Nr. 158. Eingang Gr. Brauhausstr. Schriftleitung: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Montag, 22. Februar 1904.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3. Telephon-Amt VIa Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 22. Februar.

* **Südwestafrika.** Der Kaiser hat für die durch den Aufstand der Hereros in Deutsch-Südwestafrika geschädigten deutschen Ansiedler 10 000 Mark aus seiner Privatschatulle bewilligt.

Im Anschluß an den Aufruf des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg hat im Reichstage eine Versammlung der bisherigen Unterzeichner des Aufrufes für Südwestafrika stattgefunden. Sie wurde im Namen des Reichstagspräsidenten durch den Vizepräsidenten Dr. Paasche eröffnet. Nachdem sich das Komitee unter dem Namen „Zentralhilfskomitee für die deutschen Ansiedler in Südwestafrika" konstituiert hatte, wurden in das Präsidium gewählt: Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, Reichskanzler Graf v. Bülow und Reichstagspräsident Graf v. Ballestrem. Hierauf wurde ein Arbeitsausschuß mit dem Rechte der Zuwahl gewählt. Der Vorsitz wurde dem Botschafter a. D. von Holleben übertragen; außerdem gehört u. a. Kolonialdirektor Dr. Stübel dem Ausschuß an. Sodann wurde beschlossen, sofort in allen Teilen Deutschlands Zweigausschüsse ins Leben zu rufen.

Auf telegraphisches Ersuchen des Präsidenten der deutschen Kolonialgesellschaft, des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg, hat sich nunmehr auch in Windhuk ein Hilfskomitee zugunsten der durch den Heeraufstand geschädigten Ansiedler gebildet. Diesem Komitee, das aus dem Vorstand der Abteilung Windhuk der deutschen Kolonialgesellschaft, den Herren Kaufmann Gustav Voigts, Kaufmann O. Nitsche und Katasterfekretär Thomas besteht, ist als erste Rate der Betrag von 30 000 Mark telegraphisch überwiesen worden. In Swakopmund besteht bekanntlich bereits ein Hilfskomitee der Kolonialgesellschaft.

Der Gouverneur Oberst Leutwein telegraphiert unterm 20. Februar, daß nach Beendigung des Aufstandes im Süden die dort befindlichen Truppen auf dem Rückmarsche sind.

Nach einer in Berlin eingetroffenen Nachricht ist auch der Beamte der Siedelungsgesellschaft für Deutsch-Südwestafrika Eltz von den Hereros ermordet worden.

Berlin, 21. Febr. Gouverneur Leutwein meldet unter dem 20. Februar, daß die unter Führung des Kapitänleutnants Gygas stehende Abteilung Matrosen und Schutztruppen in dem bereits gemeldeten Gefechte am Lievenberg folgende Verluste hatte: tot: Matrose Karle, verwundet: Bootsmannsmaat Jurgahn und Reiter Hesse. (Eisenbahndetachement.)

Dieselbe Abteilung hatte am 19. Febr. ein Gefecht bei Groß-Barmen gegen einen zirka 200 Gewehre starken Feind, der mit Hinterlassung von 13 Toten sowie vielen Gewehren und Munition nach Süden flüchtete. Diesseitiger Verlust: verwundet: die Matrosen Krämer und Handschuck, Gefreiter Ratjen, Reiter Sodau und Schlosser Drüger. (Eisenbahndetachement.)

* **Der Handelsvertrag mit Italien.** Die Verhandlungen, die mit Italien wegen eines neuen Handelsvertrages eingeleitet wurden, sind, nach der „Magd. Ztg.", so glücklich verlaufen, daß der Abschluß des Vertrages nahe bevorsteht. Es ist zu erwarten, daß der gute Erfolg der Verhandlungen mit Italien auch auf die anderen schwebenden Unterhandlungen über den Abschluß neuer Verträge günstig einwirken wird.

„Giornale d'Italia" schreibt: Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Italien nehmen einen guten Verlauf, da von beiden Seiten Entgegenkommen gezeigt wird. Man glaubt, daß der Abschluß des Vertrages nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Der erste Teil der Verhandlungen ist beendet. Die Besprechungen der Delegierten sind einstweilen ausgesetzt, da man über einige noch streitige Punkte Anweisungen der deutschen Regierung erwartet.

* **Die königliche Polizei in den großen Städten.** In der Sonnabend-Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte Minister des Innern Freiherr von Hammerstein bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern, daß die im Polizeikostengesetz von 1892 festgesetzte Verteilung der Kosten zwischen Staat und Stadt sich zu ungunsten des Fiskus verschlechtert habe. Es schwebten jetzt Verhandlungen wegen einer Entlastung des Fiskus. Ausführlich wurde die Notwendigkeit verhandelt, daß die Polizei bei Ausständen die Arbeitswilligen zu schützen habe. Der Minister bemerkte, daß das Polizeipräsidium bei dem Ausstande der Berliner Omnibusangestellten die Omnibusdirektion bei der Aufrechterhaltung des Betriebes in jeder Weise wirksam geschützt habe.

* **Die Arbeit in Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion.** Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die angekündigte kaiserliche Verordnung zur Aenderung der Verordnung vom 31. Mai 1897 betr. die Ausdehnung der §§ 135 bis 139, § 139b der Gewerbeordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion.

Während bisher die Bestimmungen der Gewerbeordnung (§§ 135—139, § 139b) über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, sowie über die Gewerbeaufsicht nur auf solche Werkstätten Anwendung fanden, in denen die Anfertigung oder Bearbeitung von Männer- und Knaben-, Frauen- und Kinderkleidern, sowie von weißer und bunter Wäsche im Großen erfolgt (Konfektion), sind nunmehr, soweit es sich um Frauen- und Kinderkleider handelt, auch diejenigen Werkstätten einbezogen, in denen auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Besteller gearbeitet wird. Außerdem ist die Verordnung auf diejenigen Betriebe ausgedehnt worden, in denen Frauen- und Kinderhüte besetzt (garniert) werden.

Bestimmend hierfür war die Erwägung, daß in den neueingerichteten Betrieben, wie durch die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten festgestellt worden ist, häufig übermäßige Arbeitszeiten vorkommen, denen auf Grund der bisher bestehenden Bestimmungen nicht entgegengetreten werden konnte, weil diese Anlagen weder zu den Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion im Sinne der Verordnung vom 31. Mai 1897 gehörten, noch als Fabriken oder Motorwerkstätten im Sinne der §§ 135 ff. der Gewerbeordnung unterworfen waren. Es sind daher auch auf diese Betriebe die Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Alter der Beschäftigten, die tägliche Arbeitsdauer, die Ruhepausen, das Verbot der Nachtarbeit erstreckt worden.

Von der Anwendung der Bestimmungen sind nur solche Werkstätten und zwar sowohl in der Konfektion als in der Maßarbeit und Putzmacherei ausgenommen, in denen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt (Gewerbeordnung § 154 Abs. 4). Die Schutzvorschriften finden also in Abweichung von der bisherigen Rechtslage insbesondere auch insoweit Anwendung, als der Arbeitgeber nur gelegentlich nicht zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, sowie auch insoweit, als einer der unter die Verordnung fallenden Geschäftsbetriebe nur gelegentlich ausgeübt wird.

Durch eine weitere Vorschrift, durch die über die Gewährung von Pausen bei achtstündiger täglicher Arbeitszeit eine Bestimmung getroffen wird, soll die Fassung der Konfektionsordnung mit einer nach ihrem Erlaß in Kraft getretenen Abänderung des entsprechenden § 136 der Gewerbeordnung in Einklang gebracht werden.

Endlich sind die bisherigen Kontrollbestimmungen hinsichtlich der für jeden Betrieb an 60 Tagen im Jahre ausnahmsweise zugelassenen Ueberarbeit im Interesse der Erleichterung der Kontrolle dahin abgeändert worden, daß jeder Tag, an dem Ueberarbeit stattfindet, vor Beginn der Ueberarbeit auf einer Tafel einzutragen ist, die an einer in die Augen fallenden Stelle der Werkstätte ausgehängt werden muß.

* **Die Novelle zum Börsengesetz** ist am Sonnabend dem Reichstage zugegangen.

---

* **Se. Maj. der Kaiser** sprach am Sonnabend morgen nach dem üblichen Ausgang beim Reichskanzler Grafen von Bülow vor und besichtigte dann in der Bildergalerie des Schlosses verschiedene Fahnen von Landwehrregimentern. Von 11 Uhr ab hörte er die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamts und des Chefs des Marinekabinetts.

* **Der badische Finanzminister** Dr. v. Buchenberger ist Sonnabend nachmittag gestorben.

* **Die Besetzung der Generalsuperintendentur in Schlesien.** In der nächsten gemeinsamen Sitzung des Evangelischen Oberkirchenrates und des Generalsynodalvorstandes werden auch die Vorschläge für die Besetzung der seit längerer Zeit erledigten Generalsuperintendentur für die Provinz Schlesien zur Mitteilung gelangen. Nachdem diese Instanz gehört worden ist, würde die Ernennung alsbald erfolgen. Die Erledigung der Frage hat lange Zeit in Anspruch genommen, namentlich im Hinblick auf die von der Generalsynode angeregte Schaffung einer zweiten Generalsuperintendentur in Schlesien und sodann, weil die Auswahl einer für die eigenartigen Verhältnisse besonders geeigneten Persönlichkeit vielfache Erwägungen notwendig machten.

* **Die Wahlreform in der bayerischen Kammer.** Bei der am Sonnabend fortgesetzten Beratung der Wahlreformvorlage in der bayerischen Kammer der Abgeordneten führte Segitz (Soz.) aus: Durch die gestrige Erklärung der Regierung wird unsere Stellung nicht geändert; die Regierungserklärung enthält nur Selbstverständliches. Das Verhalten der Liberalen hat die Regierung gezwungen, solche Erklärung abzugeben. Wir hatten es geradezu für eine Pflicht der Regierung, wenn das Gesetz scheitert, die Wahlkreiseinteilung durch eine Verordnung zu ändern und kleinere Wahlkreise zu schaffen. Auf eine Einigung des Zentrums und der Liberalen über die Wahlkreiseinteilung ist auf Jahre hinaus nicht zu rechnen. Also muß die Regierung vorgehen. Wir werden die Regierung unterstützen, zumal da wir gegen die Wahlkreiseinteilung der Liberalen sehr vorsichtig sein müssen, denn die Liberalen wollen mit ihrer Wahlkreiseinteilung sich auf unsere Kosten bereichern, nicht auf Kosten des Zentrums. Der Redner wandte sich sodann in längeren Ausführungen gegen die Liberalen, die nur ein Konglomerat von allen möglichen, nach allen Richtungen auseinanderstrebenden Elementen seien, unentschlossen hin- und herschwankten, in wichtigen Fragen sich mit dem Zentrum zu verbünden suchten und das freie Wahlrecht nur dann wollten, wenn es ihnen eine Mehrheit bringt. Die Sozialdemokraten hätten jahrelang für die Reform des Wahlgesetzes gekämpft, sie würden jetzt der Vorlage unter Abänderung des Artikels 14 zustimmen. Abg. Köhl (Zentr.) führte aus, dem vorliegenden Entwurfe hafteten manche Mängel an; aber die Vorteile seien überwiegend. Es würde den besten Eindruck machen, wenn Bayern mit einem freiheitlichen Wahlgesetze vorgehen würde. Die relative Mehrheit müsse beseitigt werden, da sonst die kleinen Parteien keine Möglichkeit hätten, auf den Ausfall der Wahlen einzuwirken. Er stimme daher für das Gesetz, das doch einen Fortschritt bedeute. Abg. Gebhardt (Bund der Landwirte) bemerkte, das platte Land habe besonderes Interesse an kleinen Wahlkreisen. In den künftigen Landtag werde keine Zentrumsmehrheit einziehen, wenn nur keine Partei Kompromisse mit dem Zentrum abschließe. Hierauf wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt.

Zur Frage der Beitragspflicht landwirtschaftlicher Genossenschaften zur Handelskammer.

Am 1. Oktober v. Js. fällte das Oberverwaltungsgericht in dem Streite der Handelskammer in B. mit einer Genossenschaft ein Urteil, das für die Handelskammern wie für die Genossenschaften von prinzipieller, weittragender Bedeutung ist. Der Sachverhalt ist folgender: Die Spar- und Darlehnskasse in M. hatte Einspruch gegen die Heranziehung zu Beiträgen für die Handelskammer erhoben. Sie begründete ihren Einspruch damit, daß sie eine landwirtschaftliche Genossenschaft sei, welche nach § 3 Abs. III lit. c des Handelskammergesetzes vom 24. Februar 1870/19. August 1897 nicht beitragspflichtig ist. Eine landwirtschaftliche Genossenschaft sei eine solche, die vornehmlich aus Landwirten bestehe; es genüge, daß sie ihre Mitglieder in den Kreisen der ländlichen Bevölkerung finde. Mehr als 75 Proz. ihrer Mitglieder gehörten aber dem landwirtschaftlichen Gewerbe an. Die Handelskammer wies den Einspruch als unbegründet zurück, da sowohl satzungsgemäß als tatsächlich der Beweis dafür erbracht werden müsse, daß die Genossenschaftsmitglieder ausschließlich oder vornehmlich nur aus Landwirten bestehen dürfen und bestehen, und daß die Zwecke der Genossenschaft lediglich den Betriebs- und Wirtschaftsinteressen der Landwirtschaft zu dienen haben. Diesen Bedingungen entspreche die Genossenschaft nicht.

Der Bezirksausschuß, bei dem die Spar- und Darlehnskasse gegen diesen Beschluß Klage erhob, entschied, daß die Klägerin von den Handelskammerbeiträgen freigestellen sei. Die Genossenschaft sei eine landwirtschaftliche, da über 75 Prozent ihrer Mitglieder Landwirte seien. Die Handelskammer legte gegen das Urteil des Bezirksausschusses Revision ein und das Oberverwaltungsgericht erkannte, daß das Urteil des Bezirksausschusses aufzuheben, die Klage abzuweisen und die Kosten beider Instanzen der Klägerin zur Last zu legen seien. Es begründete das Urteil wie folgt:

Der Bezirksausschuß hat auf die erhobene Klage durch Urteil vom 8. November 1902 die Heranziehung der Klägerin zu den Handelskammerbeiträgen aufgehoben und die Beklagte zur Erstattung des bereits bezahlten Beitrages verurteilt. Er erachtete die Klägerin für eine landwirtschaftliche Genossenschaft §§ 26 Abs. 1, 3, Abs. 3, lit. c. 4 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870/19. August 1897), weil sie ihren Zweck in der Förderung landwirtschaftlicher Interessen finde. Der Bezirksausschuß führt aus, daß letzteres bis zum Beweise des Gegenteils von jeder Genossenschaft anzunehmen sei, deren Mitglieder in einer so erheblich überwiegenden Mehrzahl, wie es bei der Klägerin zutreffe, Landwirte seien. Die gegen diese Entscheidung von der Beklagten eingelegte Revision ist begründet.

Nach § 26 des Handelskammergesetzes werden die in dem Haushaltsplan der Handelskammerverwaltung veranschlagten, nicht durch besondere Einnahmen gedeckten Kosten auf die Wahlberechtigten (§§ 3 und 4) umgelegt. Nach § 3 Abs. 3 ebendaselbst sind vom Wahlrecht und Beitragspflicht zur Handelskammer ausgeschlossen a) die Reichs- und Staatsbetriebe, b) die mit einem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe verbundenen Nebengewerbe, c) die landwirtschaftlichen und Handwerksgenossenschaften, die zu b und c genannten, sofern nicht die Zulassung von ihnen beantragt wird. Wenn der Vorderrichter in seinen oben mitgeteilten Entscheidungsgründen für jede Genossenschaft, der die Zahl der Landwirte unter den Mitgliedern tatsächlich überwiegt, die Vermutung aufstellt, daß sie die Eigenschaft einer landwirtschaftlichen Genossenschaft habe, so verkennt er damit den Begriff der „landwirtschaftlichen Genossenschaft" im Sinne der vorstehenden Vorschriften. Daß die bloßen tatsächlichen Verhältnisse, die jedergezeit einer Aenderung unterliegen, für sich allein für die Frage, ob eine Genossenschaft als eine landwirtschaftliche anzusprechen ist, nicht maßgebend sein können, hat der unterzeichnete Senat bereits in seinem Urteil vom 29. Januar 1903 dargelegt, wo sich u. a. folgendes ausgeführt findet:

„Was sodann die zwischen den Parteien streitige Frage angeht, ob die Bestimmung des § 3 Abs. 3 unter c des Gesetzes über die Handelskammern hier Anwendung findet, so gibt das in Geltung befindliche Statut der Klägerin vom 6. März 1898 keinerlei Anhalt dafür, daß es sich um eine landwirtschaftliche oder Handwerksgenossenschaft handelt. Nach § 3 des Statuts ist der Gegenstand der Unternehmung Gewährung von Personalkredit an die Genossen und nach den §§ 4 ff. entscheidet über die Aufnahme bezw. Nichtaufnahme des sich Meldenden der Vorstand, ohne daß irgend eine Beschränkung in Beziehung auf den Beruf des sich Meldenden und Aufzunehmenden vorgesehen oder auch nur angedeutet ist. Nach den eigenen Angaben der Klägerin gehören ihr denn außer 212 landwirtschaftlichen und 45 Handwerksgenossen ferner auch 1 Arzt, 14 Kaufleute und 11 andere Mitglieder an. Daß danach die Landwirte und Handwerker erheblich überwiegen, ist bei den Verhältnissen einer kleinen Stadt ohne weiteres gegeben. Die Statuten aber hindern nicht, daß das Zahlenverhältnis sich jederzeit zu Ungunsten der Landwirte und Handwerker verschieben kann. Bestimmungsmäßig handelt es sich hier daher nicht um eine landwirtschaftliche oder Handwerksgenossenschaft. Wollte man lediglich deshalb, weil die Zahl der Landwirte und Handwerker unter den Mitgliedern tatsächlich überwiegt, das Gegenteil annehmen, so würde es an einer festen Grenze überhaupt fehlen. Der § 3 Abs. 3 kann daher nicht Anwendung finden."

An diesen Ausführungen mußte festgehalten werden. Dafür, daß sie zutreffend sind, spricht übrigens auch die Erwägung, daß der § 3 Abs. 3 lit. c. a. a. O. eine Ausnahme von der Regel der Beitragspflicht begründet und deshalb eng auszulegen ist. Das in der gegenwärtigen Instanz von der Klägerin vorgelegte „Statut der Spar- und Darlehnskasse, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht" zu M. trifft in den §§ 2 und 3 folgende Bestimmungen:

„§ 2. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines „Spar- und Darlehnskassengeschäfts" zum Zweck:

1. der Gewährung von Darlehn an die Genossen für ihren Geschäfts- und Wirtschaftsbetrieb;
2. der Erleichterung der Geldanlage und Förderung des Sparsinns;
3. Beschaffung landwirtschaftlicher Bedarfsartikel.

§ 3. Die Mitgliedschaft können erwerben alle unbescholtenen Personen, welche sich durch Verträge verpflichten können und ihren Wohnsitz in M. und Umgegend haben."

Diese Vorschriften geben keinen Anhalt dafür, daß die Klägerin bestimmungsmäßig eine landwirtschaftliche Genossen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190402221-18/fragment/page=0001

schaft im Sinne des § 3, Abs. 3, lit. c. des Handelskammergesetzes darstelle. Nach § 2 bildet den Hauptgegenstand des Unternehmens die Gewährung von Darlehn an die Genossen; nach § 3 aber können Mitglieder der Genossenschaft nicht etwa nur Landwirte werden, sondern alle unbescholtene Personen, die in der Stadt M., die auch Nichtlandwirte zu ihren Gemeindemitgliedern zählt, und in deren Umgegend wohnen. Tatsächlich sind denn auch nach den eigenen Angaben der Klägerin 25 Proz. der Mitglieder Nichtlandwirte und es entfallen von den gewährten Darlehen zur Gesamtsumme von 279 599 Mk. 69 200 Mk. auf Mitglieder ohne Landwirtschaft. Endlich ist gegenüber der Bestimmung unter Ziffer 3 im 1 2 hervorzuheben, daß die Klägerin selbst zugibt, sich mit der Beschaffung landwirtschaftlicher Bedürfnisse nur in geringem Maße befaßt zu haben.

Steht somit der Klägerin der Befreiungsgrund des § 3 lit. c. des Handelskammergesetzes nicht zur Seite, so war, da die gesetzlichen Vorsetzungen für dessen Entrichtung im übrigen vorliegen, auf Abtweisung der Klage zu erkennen usw. B.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung vom 20. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kraetke.

Das Haus setzt die zweite Beratung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung beim Kapitel „Gehalt des Staatssekretärs" fort.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Man kann den Polen nicht den Gebrauch ihrer Muttersprache verbieten, das ist unnatürlich. Jeder Deutsche freut sich, wenn er liest, daß Goethe 1770 das deutsche Leben in Straßburg hervorhob, obwohl damals die Stadt doch schon 100 Jahre französisch war. Unsere Germanisierungspolitik durch die Post ist unverständlich. Die Post sollte lediglich dafür sorgen, daß die ihr übergebenen Sachen richtig und schnell bestellt werden. Uebergäbe man die Post einem Privatunternehmer, so würde dieser die geeigneten Beamten anstellen. Der Postverwaltung ist es aber nicht um das Verkehrsinteresse allein zu tun, sie fühlt sich zu politischen Aufgaben berufen, und wohin das führt, sieht man ja: ins reaktionäre Lager. Die freisinnige Volkspartei will jetzt also, wie die gestrige Rede des Herrn Kopsch zeigte, nicht Hepeerei nach unten, sondern Wohlwollen nach oben, das heißt, die denkbar schärfste Verurteilung der Opposition. (Sehr richtig! links.) Denn die Opposition wendet sich immer gegen oben und nicht nach unten. Was der Abg. Kopsch von der Hetzerei nach unten gesagt hat, hat der Staatssekretär mit etwas nackteren Worten gesagt, indem er erklärte, von einem Koalitionsrecht der Postbeamten könne nicht die Rede sein. Dieser Ansicht kann ich nicht beitreten. Die Weigerung der Verwaltung, den Forderungen nach Gehaltserhöhungen nachzukommen, ist nur diktiert von dem Bestreben, recht große Ueberschüsse herauszuwirtschaften. In New-York erhält der Generalpostmeister sechs mal so viel Gehalt wie ein Briefträger. Das System sollte man auch bei uns einführen. Der Zustrom von Anwärtern beweist nur etwas für die schlechte wirtschaftliche Lage unseres Volkes. Diese sollte aber eine Reichspostverwaltung nicht ausnutzen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **v. Jagdzewski** (Pole): Die Ostmarkenzulage hat eine politische Tendenz, wir lehnen sie deshalb ab. Der Vorwurf des Staatssekretärs, die polnische Bevölkerung chikaniere die Postverwaltung, ist ungerechtfertigt. Die Handhabung der Verordnung über die Zuziehung der Uebersetzungsstelle in Posen ist verschieden. Die Zurückweisung polnisch geschriebener Geldanweisungen und Pakete ist gesetzwidrig.

Staatssekretär **Kraetke**: Wenn es sich um einzelne Briefe mit polnischer Aufschrift handelte, entstünden keine Schwierigkeiten. 1900 forderte die polnische Presse auf, die Briefe mit polnischen Aufschriften zu versehen, seitdem ist die Zahl dieser Briefe lawinenartig gewachsen. Auf den Namen allein kommt es nicht an, die Post muß auch den Vornamen sowie die Berufsbezeichnung lesen können. Für uns gibt es in Deutschland keine polnische Geographie. Auf die Rückseite Ihrer Karten und in Ihren Briefen können Sie polnisch schreiben, soviel Sie wollen. (Zuruf b. d. Polen: Sehr gnädig!) Ein polnisches Blatt hat ein Ortsverzeichnis für Auswanderer veröffentlicht, das polnische Namen aufstellt z. B. für Altona, Essen, Charlottenburg, Eisleben, Gelsenkirchen. (Der Staatssekretär nennt die polnischen Namen, erregt aber durch seine eigenartige polnische Aussprache große Heiterkeit bei den Polen.) Ja, meine Herren, Sie müssen sich an meinem Polnisch genügen lassen. Die Polen werden ihre Briefe immer zu spät bekommen, wenn sie polnische Adressen schreiben, denn wir schicken sie alle erst nach Posen. Unsere Beamten tun ihre Pflicht und Schuldigkeit, weiter nichts; gegen die Angriffe von polnischer Seite werde ich sie immer in Schutz nehmen. Sie (zu den Polen) wollen die deutsche Postverwaltung unter das polnische Joch zwingen, das wird Ihnen nicht gelingen. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. **Werner** (Antis.) tritt für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der unteren und mittleren Postbeamten ein; insbesondere müsse ein höherer Wohnungsgeldzuschuß gewährt werden. Redner spricht sich gegen die Ostmarkenzulage aus, wenn nicht die Widerruflichkeit gestrichen werde. Besser noch als die Ostmarkenzulage von einem Teil der Beamten wäre eine Aufbesserung der Gehälter aller Beamten. Vielleicht könnte man die Militärdienstzeit auch bei den Unterbeamten in Anrechnung bringen, die noch nicht angestellt sind.

Geh. Oberregierungsrat **Neumann**: Die letzte Anregung des Vorredners läßt sich nicht durchführen.

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Die Streitigkeiten zwischen den beiden freisinnigen Parteien interessieren uns nicht. Die Auseinandersetzung ist für uns nur insofern von Interesse, als sie das Schlagwort von der Einheit des Liberalismus in das rechte Licht setzt. Redner verteidigt das Zentrum gegen den Vorwurf des Abg. Singer, es zeige jetzt erst plötzlich eine rege Tätigkeit für die Postbeamten, von der früher nichts zu merken war. Wenn die Reichspost mit dem Unterbeamtenverbande schlechtere Erfahrungen gemacht hat als Württemberg, so glaube ich, daß das nicht allein an den Unterbeamten liegt. Die Sonntagsruhe muß ausgedehnt werden; unterbleibt um deswillen die Geldbestellung, so ist das mit in den Kauf zu nehmen, das ist nicht so schlimm.

Abg. **Metzger** (Soz.) bringt einen Hamburger Lokalwunsch zur Sprache.

Abg. **Kröbell** (wirtsch. Vgg.): Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, eine Beschränkung der Ausnahmebestimmungen für die Sonntagsruhe herbeizuführen. Ferner möchte ich den Wunsch aussprechen, daß endlich einmal die Remunerationen wegfallen. Mit der hierfür ausgeworfenen Summe ließ sich leicht eine Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse anbahnen. Redner befürwortet Erhöhung der Gehälter der höheren Postbeamten.

Abg. **Schwerdtfeger** (fr. Vp.) bittet, die Resolution des Zentrums anzunehmen und die Portofreiheit auch auf die Postsendungen der Soldaten in die Heimat auszudehnen.

Abg. **Dr. Potthoff** (fr. Vgg.) meint, mit den Angriffen des Abg. Kopsch sei dem Liberalismus und der Einigung weiter liberaler Kreise kein Dienst erwiesen. Redner führt Beschwerde über die wirtschaftliche Lage der Beamten im Fürstentum Waldeck, die durch die eigenartige Steuergesetzgebung verursacht ist. Die preußischen Beamten in Pyrmont erhielten während der Badesaison einen täglichen Zuschuß von 75 Pfg., das sei ein Weg, auf dem auch die Reichsverwaltung ausgleichend wirken könne.

Staatssekretär **Kraetke**: Auf die Einzelwünsche des Vorredners will ich nicht eingehen; sie werden geprüft werden, wo sich ein Mangel herausstellt, wird er abgestellt werden. Ueber die Zuverlässigkeit unseres Personals haben wir die beste Erfahrung gemacht. Die Kriminalstatistik zeigt eine bedeutende Abnahme; 1871 kam auf 190 Beamte ein Fall, der strafrechtlich verfolgt worden ist, 1902 kam ein Fall erst auf 584 Beamte. Die Gebührenfrage für den Zeitungsversand wird z. Zt. sehr eingehend beraten und ist noch in der letzten Beratung erheblich ermäßigt worden. Zu der Ausdehnung der Portoerleichterung für Soldatensendungen muß ich nochmals betonen, daß sich z. Zt. schwere Mißstände herausgestellt haben. Dem Abg. Kröbell erwidere ich, daß die Anstellungsverhältnisse der oberen Beamten noch schlechter sind als die der unteren Postbeamten.

Abg. **v. Gerlach** (Hosp. d. fr. Vgg.) polemisiert in längeren Ausführungen gegen den Abg. v. Kopsch und wird vom Präsidenten mehrmals aufgefordert, zur Sache zu sprechen.

Abg. **v. Staudy** (kons.): Wenn Herr v. Gerlach sagt, daß auch wir den Postunterbeamten das volle Koalitionsrecht gewähren können, so widerspreche ich dieser Ansicht nicht nur im Namen der deutschkonservativen Partei, sondern auch, wie ich eben beauftragt worden, im Namen der Reichspartei. (Hört! hört! links.) Wir teilen durchaus die Ansicht des früheren Staatssekretärs v. Podbielski. Ich habe mich besonders gefreut, daß der Herr Staatssekretär auf die neuen Angriffe des Abg. v. Gerlach nicht geantwortet hat. (Beifall.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Gerlach** und **Mommsen** wird der Titel bewilligt und die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr vertagt. Schluß 7/7 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 20. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Möller.

Die Einzelberatung des Handelsetats wird beim Titel „Kommissar bei der Berliner Börse" fortgesetzt.

Abg. **Broemel** (fr. Vgg.) meint, die letzte Börsenreform habe das wirtschaftliche Leben außerordentlich nachteilig beeinflußt. Die von der Linken jetzt geforderte Revision des Börsengesetzes sei eine nationale Aufgabe, wie auch die „Köln. Ztg." anerkannt habe. Der Minister sollte das Beispiel der Bekehrung beachten, das gestern Herr v. Zedlitz geboten habe.

Abg. **Funck** (fr. Vp.): Meine politischen Freunde sind durch die gestrige Erklärung des Ministers schwer enttäuscht. Nicht Treu und Glauben bedarf einer Reparatur, sondern die Gesetzgebung, die unmoralische Elemente an die Oberfläche des Geschäftslebens gelockt hat. (Sehr wahr! links.) Die große Frage, die durch die Vorgänge vom 8. bis 9. Februar berührt wurde, hat der Minister mit keinem Worte behandelt. Die Frage ist wichtig genug, daß der Herr Ministerpräsident persönlich hier erschiene. Um die bedeutsame Frage des nationalen Wirtschaftslebens, um die es sich hier handelt, kommt man mit vorsichtigen Redensarten nicht herum. Fürst Bismarck wäre einer solchen Frage ganz anders gegenübergetreten. Offenbar ist die Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse im Reichstage für die Regierung das Bestimmende. Eine ihrer Verantwortlichkeit bewußte Regierung aber wird die Novelle einbringen, die sie nach ihrer innersten Ueberzeugung für notwendig hält. Die Ausführungen des Abg. Frhrn. von Zedlitz zeigten eine erfreuliche Sachlichkeit und Objektivität. Die bedenklichen Wirkungen des Börsengesetzes haben wir von jeher vorhergesagt. (Brave! links.)

Abg. **v. Eynern** (nl.): Wenn ich höre, daß die Novelle zum Börsengesetz eine Erweiterung des Terminhandels nicht enthalten soll, dann weiß ich nicht, was sie denn nun eigentlich enthalten soll. (Sehr wahr! links.) Wie bei der Kanalvorlage weicht auch hier die Regierung vor der agrarischen Mehrheit mutig zurück. Das jetzige Börsengesetz hindert uns, das ersparte Vermögen dem Inland selbst zuzuführen.

Abg. **Graf Limburg-Stirum** (kons.): Meine Freunde würden auf die uns noch garnicht unterbreitete Novelle nicht eingehen, wenn nicht unser Schweigen von der Linken als Zustimmung zu ihren Argumenten aufgefaßt würde. Die Enquete über die Börsengesetzlichkeit mußte den hinlänglich informieren, der sich überhaupt informieren wollte. Unsere Auffassung von der Schädlichkeit gewisser Vorgänge an der Börse ist auch jetzt nicht erschüttert. Nun hat uns die Linke eine Menge von Behauptungen zu Gunsten der Börse vorgetragen, aber den Beweis ist sie uns schuldig geblieben. (Sehr wahr!) Ich vermisse zunächst den Beweis, warum die Börse den Aufschwung unseres wirtschaftlichen Lebens hervorgerufen haben soll. (Sehr richtig!) Die Linke vergißt auch, daß die Börse Kapital nicht schafft, sondern lediglich umsetzt. Die Linke übersieht ferner, daß die Schädigung der kleinen Bankiers lediglich auf die Tendenz zurückzuführen ist, auch im Bankiergewerbe möglichst große Betriebe herbeizuführen. Daß die Börse durch den plötzlichen Ausbruch des russisch-japanischen Krieges überrascht sein mußte, liegt auf der Hand. Ich sehe aber nicht ein, inwiefern mit der Panik zu Beginn dieses Monats das Börsengesetz irgend etwas zu tun haben soll. (Sehr wahr! rechts.) Wenn die Linke uns durch statistisches Material beweist, daß das Börsengesetz in der Tat mangelhaft ist, dann werden wir uns natürlich überzeugen lassen. Zu betonen brauche ich aber wohl nicht, daß das Verbot des Terminhandels für Getreide nach unserer Auffassung einen überaus wohltätigen Einfluß gehabt hat. (Beifall rechts.)

Abg. **Arendt** (freikons.): Ich bin im wesentlichen mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden, von den Ausführungen des Herrn v. Eynern habe ich leider nur sehr wenig verstanden, deutlich hörte ich eigentlich nur die unbestreitbare Behauptung, daß wir alle ein Jahr älter geworden sind. (Heiterkeit.) Die Ausführungen meines Freundes v. Kardorff vor vier Jahren im Reichstage gaben nur seinen persönlichen Standpunkt wieder, wir haben die Börsenfrage niemals zur Parteifrage gemacht. Auch meine Freunde sind darüber einig, daß das Verbot des Terminhandels in Getreide außerordentlich wohltätig gewirkt hat und deshalb unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß. Im Gegensatz zu meinem Freunde v. Zedlitz bin ich aber der Ansicht, daß ebenso auch das Verbot des Terminhandels in Montan- und Industriepapieren aufrecht erhalten werden muß. Erfreulich war für mich, daß Abg. Funck anerkennend vom Fürsten Bismarck sprach. Besser freilich wäre es gewesen, wenn diese Anerkennung von freisinniger Seite zu Lebzeiten des Fürsten Bismarck gekommen wäre. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin aber überzeugt, wenn Fürst Bismarck heute noch im Amte wäre, dann würde auch er keine andere Börsennovelle angekündigt haben, als jetzt Herr Möller. Auch mir waren viele Ausführungen auf der Linken unbegreiflich. Will denn etwa die Linke einen gesetzlichen Schutz der Börse gegen die beim Ausbruch eines Krieges entstehende Panik herbeiführen? (Sehr gut!) Die Linke möge in den Kreisen der Börse nicht Hoffnungen erwecken, die bei den Mehrheitsverhältnissen im Reichstage unerfüllt bleiben müssen. Interessant war übrigens, daß von linker Seite keine Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse im Reichstage genommen wurde. (Beifall rechts.)

Abg. **Herold** (Ztr.): Der Gegenstand gehört zur Kompetenz des Reichstages. Ich möchte deshalb nur kurz erklären, daß wir nach wie vor auf dem grundsätzlichen Standpunkte des Börsengesetzes stehen.

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen und der Titel bewilligt. Nach Beendigung dieser Debatte leert sich der Saal. Im weiteren Verlaufe der Sitzung werden allerlei Einzelheiten aus dem Gebiete der gewerblichen Fortbildungsschulen erörtert und dabei namentlich lokale Wünsche befürwortet.

Abg. **Rindler-Posen** (frs. Vp.) wünscht eine bessere Bezahlung der Fortbildungsschullehrer.

Minister **Möller** erkennt die Berechtigung dieses Wunsches an und bemerkt, daß im vorliegenden Etat bereits für die älteren Lehrer Aufbesserungen vorgesehen seien. Gegenüber den Bemerkungen anderer Redner gibt der Minister zu, daß Berlin auf dem Gebiete des Fortbildungsschulwesens rückständig sei und verspricht zugleich, eine bessere Ausbildung der Fortbildungsschullehrer in Erwägung zu ziehen.

Abg. **Meyer-Bielefeld** (kons.) empfiehlt die Errichtung von Buchführungskursen für junge Meister.

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.) meint, in den Kreisen der Handwerker mache sich eine Bewegung gegen die Handwerkerkammern geltend, das könne namentlich von Liegnitz gesagt werden.

Abg **Dr. Arendt** (ftkons.) spricht seine Genugtuung aus über die Einführung des Titels „Zur Förderung der nichtgewerbsmäßigen Arbeitsvermittelung und Rechtsberatung der minderbemittelten Bevölkerungsklassen 30 000 Mk." und bezeichnet den der Regierung hier vorschwebenden Gedanken als eine praktische Sozialpolitik, der bester Erfolg zu wünschen sei.

Eine längere Debatte entspinnt sich noch beim Titel „Zur Förderung von Meisterkursen".

Montag 11 Uhr: Justizetat. Schluß 5¼ Uhr.

Der Krieg in Ostasien.

Aus Port Arthur.

Aus Port Arthur wird vom Sonnabend, 20. Februar, gemeldet: Auf Befehl des Statthalters Alexejew wird ein Freischärlerkorps zur Verteidigung der Festung gebildet. Die Freischärler erhalten vom Staate Waffen, Verpflegung, und, wenn nötig, Bekleidung. Am Horizont zeigen sich zeitweilig feindliche Schiffe. Gerüchten zufolge befinden sich japanische Schiffe noch immer in russischen Gewässern. Man nimmt an, daß die Japaner nach Port Arthur bestimmte Lebensmittel als absolute Kriegskontrebande betrachten. Nach dem Gefechte vom 9. d. Mts. scheinen die Japaner sich die Aufgabe zu stellen, Port Arthur durch Belagerung zur Uebergabe zu zwingen.

Der Generalquartiermeister Generalmajor Pflug berichtet, daß die Lage in Port Arthur unverändert ist. Das Ueberschreiten des Yaluflusses ist unterhalb von Schachedza (?) unmöglich. Von Widschu kommende Kosaken haben den japanischen Major Tatzusapo mit fünf Mann und zwei Zivilpersonen gefangen. Die Nachrichten vom Feinde sind widersprechend und laufen spärlich ein. Nachrichten bestätigen die Ueberführung der Truppen Juan-Schi-Kais nach Kin-tschou und Kou-pan-tze. Die Mandschurei ist ruhig.

In den chinesischen Häfen herrscht nach chinesischen Meldungen eine rege Tätigkeit. Kein Küstenfahrzeug wagt es, in See zu gehen. In Port Arthur verblieb nur ein geringer Teil der Bevölkerung, vorzugsweise aus Männern bestehend. Die Versorgung der Stadt mit Brot ist gesichert. Es herrscht völlige Ruhe und Ordnung.

Das „Reuterische Bureau" meldet aus Jingkau vom 20. Februar: Der Reuterische Korrespondent beichte mit besonderer Erlaubnis des Generals Pflug unter offizieller Begleitung Port Arthur, wo, wie er berichtet, weniger als dreißig Prozent der Einwohner zurückgeblieben seien. Auch von den Zurückgebliebenen beabsichtigten noch viele fortzugehen. Die Beförderung auf der Eisenbahn gehe sehr gut von statten. Die Brücken und Kanäle würden stark bewacht. Die Lebensbedingungen in Port Arthur seien dadurch gemildert, daß die Behörden die Preise für Nahrungsmittel festgesetzt hätten. Eine Menge Nahrungsmittel würde nach Port Arthur geschickt, welches nach Aussagen der Russen für zwei Jahre damit versorgt sei. Obwohl die Behörden die Liautungshäfen wieder geöffnet hätten, würden weitere Ankünfte nicht erwartet, da die Japaner den Meerbusen beherrschten und die Russen jeden Fremden als Spion behandelten. Das elfte Regiment habe am 16. d. Mts. Niutschwang verlassen und sei am 17. in Taschitschao angekommen. Wenn das zehnte Regiment in der Nähe von Kiaochau, das neunte in der Gegend von Laicheng und das zwölfte in Liaojang angelangt seien, beabsichtige man gleichzeitig den parallelen Aufmarsch gegen den Yalu vor. Inzwischen bereite er alles vor, um die Eisenbahn und die nördliche Küste des Liautungbusens in Verteidigungsbereitschaft zu setzen. Währenddessen würden eiligst Verstärkungen herangezogen. Wie es heißt, sei Artillerie in großer Zahl auf dem Wege von Rußland nach dem fernen Osten.

*

Frankreichs Sorge.

In den Wandelgängen der Kammer wurde der russisch-japanische Krieg lebhaft besprochen. Mehrere Abgeordnete verlangten vom Minister des Aeußeren Aufklärung über seinen unbegreiflichen Optimismus. Andere warfen dem Kabinettschef vor, sich unvorsichtiger Aeußerungen über das Verhältnis Frankreichs zu Rußland bedient zu haben. Es wurde sogar von der Demission eines Ministers und einer Umgestaltung des Kabinetts gesprochen. Die Mehrzahl der Abgeordneten erklärten ihre Befriedigung über die Protestkundgebung gegen die Rede von Jaurès in St. Etienne.

Die republikanische Linke des Senats drückte in ihrer letzten Sitzung die Hoffnung aus, daß der russisch-japanische Konflikt auf Ostasien beschränkt bleiben möge. Die Versammlung sprach ferner ihre Sympathien für Rußland und den Wunsch aus, daß Frankreich seinen Verpflichtungen treu bleiben möge.

Die französische Subskription für die russischen Verwundeten hat bisher die Summe von 204 000 Franken ergeben. Unter dem Vorsitz der Gattin des russischen Botschafters in Paris hat sich ein Komitee russischer Damen gebildet, das die Entgegennahme der Spenden und deren Verteilung bewirken will.

Der japanischen Gesandtschaft in Paris sind von dem Pariser Hilfskomitee zwei Feldhospitäler des Roten Kreuzes zur Verfügung gestellt worden.

Die Stimmung in Paris wird immer aufgeregter, da niemand weiß, ob Frankreich nicht schließlich in die ostasiatischen Wirren verwickelt wird oder nicht. Sonnabend mittag verbreitete sich die Meldung, daß die Regierung die Mobilmachung befohlen habe, was eine Panik an der Börse verursachte. Die Meldung war völlig grundlos, fand aber trotzdem allgemeinen Glauben, was für die herrschende Unsicherheit spricht.

Marineminister Pelletan hat an den Verwefer des russischen Marineministeriums Admiral Avellan folgendes Telegramm gerichtet: Sehr gerührt von den Sympathien, welche Sie für Frankreich und seine Marine aussprechen und von den Gefühlen, die Sie dem Kommandanten, den Offizieren und Seeleuten des Kreuzers „Pascal" zu bezeugen die Güte haben, bin ich glücklich, diesen mit Ihrem Telegramm meine persönlichen Glückwünsche zu übermitteln.

*

Japanische Kriegsbeute.

Man nimmt russischerseits an, daß der von den Japanern genommene Dampfer „Mukden", sowie die Kriegsschiffe „Warjag" und „Korejetz" und die Kohlentransportschiffe „Sungaria" und „Argun" nach neutralen Häfen gebracht werden; nur den Dampfer „Mandschurin" behalten die Japaner als Kriegsbeute. (Diese Meldung widerspricht der Mitteilung, nach der die Kapitäne des „Warjag" und „Korejetz" ihre Schiffe im Hafen von Tschemulpo in die Luft gesprengt haben sollten!)

*

Vorzeitige Freude.

Der Bürgermeister der Stadt Tokio veranstaltete zu Ehren der Offiziere der beiden neuen Kriegsschiffe „Nishin" und „Kasuga" einen großen Empfang, an dem sich über 3000 Personen beteiligten. Abends war die Stadt festlich beleuchtet.

*

Waffenkauf.

Nach Meldungen Brüsseler Blätter kaufte Rußland große Mengen Waffen in der belgischen Waffenfabrik Herstal. Die Sendungen sind bereits abgegangen.

*

Deutschland in China.

Aus Weihsien wird geschrieben, es gehe das Gerücht, daß Deutschland sich das Recht gesichert habe, in allen Städten der Provinz Schantung ein gleichmäßiges Polizeisystem einzuführen. Die Chinesen nehmen das Gerücht günstig auf. — Das „Wolffsche Tel.-Bur." bemerkt dazu: Das Gerücht ist falsch.

*

Italien.

Die Schiffe „Calabria", „Carlo Alberto" und „Lombardia" haben Befehl erhalten, sich bereit zu halten, um

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190402221-18/fragment/page=0002

nach Ostasien abgehen. Der kleine Kreuzer „Dogali", der gleichfalls nach Ostasien bestimmt ist, wird seine Ausrüstung am 26. d. Mts. beenden. Die Schiffe werden andere ersetzen, die die Heimreise antreten.

*

England in Indien.

Das Blatt „Daily Mail" meldet, daß in Indien gerüstet werde. Für alle Fälle wurden Truppen zur Mobilisierung ausgesucht, falls eine solche notwendig sein sollte.

*

Petersburg, 21. Febr. Durch kaiserlichen Ukas ist heute der Kriegsminister General Kuropatkin unter Enthebung von seinem Posten zum kommandierenden General der aktiven Armee in der Mandschurei ernannt worden.

Tokio, 20. Febr. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die japanische Regierung hat Nachrichten, wonach der Statthalter Alexejew während seines Aufenthaltes in Mukden die chinesischen Truppen aufforderte, die Eisenbahn zu bewachen, um eine Unterbrechung des Verkehrs zu verhindern. Die Chinesen weigerten sich und erhalten Instruktionen aus Peking. Die chinesische Regierung lehnte dies ab und befahl, Alexejew zu erklären, daß, da Rußland sich darauf berufen hätte, daß die Chinesen unfähig wären, die Eisenbahn in Friedenszeiten zu bewachen, Rußland nicht darauf rechnen könnte, daß China sie in Kriegszeiten bewache.

Tokio, 20. Febr. Der Vorrat des Schatzamtes an altem Gold und Silber ist in der Bank von Japan als Spezialreserve hinterlegt worden. — Vicomte Yofsikawa ist zum Minister des Innern ernannt worden. — Die nationale Anleihe ist bereits zweimal überzeichnet worden.

Peking, 20. Febr. Das diplomatische Korps ist heute im kaiserlichen Palaste in Audienz empfangen worden. Um Zusammenstöße zwischen den Truppen der japanischen und der russischen Gesandtschaftswache zu vermeiden, sind die Kommandanten der beiden Truppenteile übereingekommen, ihren Soldaten nicht am gleichen Tage Urlaub zu geben.

Charbin, 20. Febr. Die Eisenbahn ist fahrbar. Die Japaner, welche die Brücke über den Sungari sprengen wollten, sind hingerichtet worden. Es wurden Chinchusenbanden unter japanischer Führung bemerkt; die Verfolgung der Banden wurde aufgenommen. Die Bevölkerung der Stadt ist ruhig. Die meisten Einwohner sind abgereist. Auf der Eisenbahn herrscht lebhafter Verkehr von Truppentransporten. Alle japanischen Arbeiter, die auf der Eisenbahnlinie beschäftigt waren, sind geflohen. Die chinesischen Arbeiter haben nach dem chinesischen Neujahr die Arbeit wieder aufgenommen.

Perim, 21. Febr. Ein Geschwader ist gestern um Mitternacht in der Richtung nach Suez hier passiert. Man nimmt an, daß es das russische Geschwader unter Admiral Wirenius sei, das Dschibuti am letzten Donnerstag verlassen haben soll.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Delegation. — Heeresetat.

Sonnabend nachmittag fand beim Kaiser das erste Delegationsdiner statt, an welchem teilnahmen: die Ministerpräsidenten von Körber und Graf Tisza, der Minister des Aeußern, der Reichsfinanzminister, der Kriegsminister, die Präsidenten und Vizepräsidenten, sowie zahlreiche Mitglieder der österreichischen und der ungarischen Delegation.

Die österreichische Delegation bewilligte in einer Abendsitzung das Extraordinarium des Heeresetats, ebenso den Kredit von 15 Millionen zur Anschaffung neuer Feldgeschütze.

Budapest, 21. Februar. Sonnabend abend veranstalteten etwa 50 Sozialisten vor dem liberalen Klub wegen der Verordnung gegen die Sozialistenversammlungen lärmende Kundgebungen und schlugen mehrere Fenster ein. Zwölf Teilnehmer an den Ausschreitungen wurden verhaftet; ein Polizist wurde schwer verletzt.

Spanien und Portugal.

Vorsichtsmaßregeln.

Zwei Regimenter Infanterie aus San Sebastian und zwei aus Pamplona sind bereit, nach den Balearen zu gehen. Ein Runderlaß des Kriegsministers ruft die auf Urlaub befindlichen Mannschaften zurück und behält die unter Waffen, die am 1. März zur Entlassung kommen.

Die Regierung hat mehrere Schiffe gechartert, die am Dienstag mit zwei Regimentern Infanterie und vier Batterien Artillerie nach den Kanarischen Inseln abgehen sollen.

Bei einem in den Räumen des Ministerpräsidiums stattgehabten Empfange stellte Ministerpräsident Maura in Abrede, daß ein spanisch-englisches Bündnis bestehe.

Die Torpedobootsdivision in El Ferrol ist angewiesen worden, sechs Reihen Torpedos zum Schutze des Hafens zu legen.

Lissabon, 21. Febr. Die Blätter betonen die Möglichkeit einer bevorstehenden Mobilisation von 15 000 Mann. — Der Kreuzer „Vasco de Gama" wird heute nach Macao abgehen, um sich mit dem Kanonenboot „Diu" zu vereinigen. — Der Kreuzer „Adamastor" wird morgen mit dem neuen Generalgouverneur von Angola nach Loanda abgehen.

Rußland.

Aufnahme serbischer Offiziere.

Nach einer Petersburger Meldung der Wiener „Allgemeinen Ztg." ordnete der Zar an, daß jene serbischen Offiziere, die wegen der Teilnahme an der Verschwörung in Nisch gegen die Königsmörder aus dem serbischen Heere entlassen wurden, in die russische Armee aufgenommen werden. Hierüber herrsche am Belgrader Hofe große Erregung.

Türkei.

Heimtückische Politik des Sultans. — Nur keine Reformen.

Der Zustand auf der Balkanhalbinsel ist ernst, die bulgarische Regierung vermeidet alles, was Rußland und Oesterreich Anlaß zu Beschwerden geben könnte. Die für Makedonien bestimmten europäischen Gendarmerieoffiziere haben Konstantinopel noch nicht verlassen.

Das bulgarische Regierungsblatt „Nov Vek" führt aus, die Regierung habe angesichts der Durchführung der Reformen, auf die die Augen der ganzen Welt gerichtet seien und deren Bedeutung auf der Pforte zutage trete, es für ihre Pflicht gehalten, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um mit der Pforte ein friedliches Verhältnis zu erhalten. Die Pforte würde jeder bulgarischen Regierung ein Denkmal errichten, die durch ihr Verhalten ihr Gelegenheitgäbe, die Verantwortung für die Nichtdurchführung der Reformen von sich abzuwälzen. Nie werde das Kabinett diese Rolle einnehmen. Die Regierung habe durch die getroffenen Maßnahmen zur Absperrung der Grenzen jedem Verdachte die Spitze abgebrochen, daß sie den Aufstand begünstige. Andererseits habe das makedonische Komitee in seinem Organ erklärt, es werde jeden Kampf verhindern, um der türkischen Diplomatie jeden Grund zur Verdächtigung der Sibrung des Reformwerkes zu nehmen. Dieser Entschluß verdiene die Anerkennung jedes bulgarischen Patrioten; damit trage aber die Pforte die volle Verantwortung für alle Konsequenzen.

Nach Angaben der Pforte sind der Wali von Uesküb und der Divisionsgeneral Schakir Pascha am 17. d. Mts. in Djakowa eingerückt. Nach Konsulardepeschen aus Uesküb dagegen ist der Divisionsgeneral Schensi Pascha schon am 16. d. Mts. daselbst eingedrungen. Die Angaben über die Verluste bei Babuscha (17 Kilometer nordwestlich von Djakowa) am 11. d. Mts. lauten sehr widersprechend; die beiderseitigen Verluste sind jedenfalls sehr groß. Die letzten Meldungen aus Uesküb führen einen Major und 80 Tote und auf Seiten der Albanesen 200 Mann Tote an. Durch die Besetzung von Djakowa und mit Hilfe der heranrückenden Truppenverstärkungen erscheint die baldige Eindämmung der Bewegung wahrscheinlich.

Nach neuesten Meldungen ist die Mitteilung, daß der Wali von Uesküb Schakir Pascha in Djakowa eingerückt sei, unzutreffend. — Die Belgrader Meldung, daß die Zahl der aufständischen Albanesen 30 000 betrage, ist übertrieben; sämtliche Bergstämme des Gebietes von Djakowa vermögen kaum 10 000 Bewaffnete aufzubringen.

In dem Gebiete an der serbischen Grenze ist in letzter Zeit unter den Mohamedanern und den Christen eine beunruhigende Stimmung bemerkbar; die Nachrichten darüber sind jedoch übertrieben.

Skandinavien.

Rüstung.

Die schwedische Regierung hat angeordnet, daß ein Teil der Mannschaft des Stockholmer Küstenartillerie-Regiments in Bereitschaft gehalten werden soll. Das Kanonenboot „Skagul" soll als Depotschiff nach Farösund abgehen und für eine Expedition für 30 Tage ausgerüstet werden. Die Panzerschiffe „Odin" und „Nord" und drei Torpedoboote halten sich in Bereitschaft. Ferner hat die Regierung die Jahresklasse 1902 der zur Seeverteidigung gehörigen Wehrpflichtigen des Distrikts Gothland zum 1. März zu einer 35tägigen Uebung einberufen. Die Mannschaften kommen nach dem Farösund.

Mittelamerika.

Präsident von Panama.

Nach einer New-Yorker Meldung ist Dr. Amadus zum Präsidenten von Panama eingesetzt und hat ein Ministerium ernannt.

Von San Domingo.

Die amerikanischen Kreuzer „Hartford" und „Kolumbia" beschossen Puarte, welches von den Aufständischen besetzt war.

Die große landwirtschaftliche Woche in Berlin

ist am 19. Februar beendet worden. Vormittags hielt die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ihre 49. und 50. Hauptversammlung ab, welcher Prinz Friedrich Heinrich von Preußen präsidierte. Die vom Gesamtausschuß Tags zuvor beschlossene Aenderung des Grundgesetzes und der Geschäftsordnung wurde bestätigt. In der unmittelbar sich anschließenden 50. Hauptversammlung ersichen der Landwirtschaftsminister v. Podbielski. Prinz Friedrich Heinrich eröffnete die Verhandlungen mit einem lebhaft aufgenommenen Hoch auf den Kaiser, den Schirmherrn der deutschen Landwirtschaft und der Gesellschaft und begrüßte sodann den Landwirtschaftsminister, dessen Erscheinen den Beweis liefere, daß auch das preußische Staatsministerium den Bestrebungen der Gesellschaft wohlwollend gegenüberstehe. Der geschäftliche Direktor teilte mit, daß die Gesellschaft in dieser Woche 53 Sitzungen abhielt. Der Besuch war weit stärker als im Vorjahre.

Sodann hielt Ministerialdirektor Dr. Thiel-Berlin eine Gedächtnisrede auf den verstorbenen Dr. Wilhelm Rimpau-Schlanstedt, den Begründer der Gesellschaft und bahnbrechenden Vorkämpfer auf dem Gebiete der Moorkultur. Zum Schluß sprach Domänenrat Brüdermann-Knegendorf (Mecklenburg-Schwerin) über die Lage der Schaf- und Schweinezucht in England und Deutschland.

Verein der Spiritusfabrikanten. Unter dem Vorsitz des Rittergutsbesitzers und Mitgliedes des Herrenhauses v. Graß-Clanin trat im Saale des „Englischen Hauses" in der Mohrenstraße die 52. ordentliche Generalversammlung des Vereins der Spiritusfabrikanten in Deutschland unter sehr starker Beteiligung zusammen. Geh. Rat Prof. Dr. Delbrück gab in sehr ausführlicher Weise den Jahresbericht. Der Vorsitzende v. Graß-Clanin dankte namens des Vereins und widmete dem verstorbenen Prof. Dr. Saare einen Nachruf. Dann gab Rittergutsbesitzer Gans Edler Herr v. Putlitz einen Bericht über die wirtschaftliche Lage des Spiritusgewerbes. Vor zwei Jahren, so führte er dabei u. a. aus, waren wir genötigt, energisch uns gegen den Pessimismus in unserem Gewerbe zu wenden und hinzuweisen auf die guten Aussichten, die sich trotz alledem damals boten. Die Entwickelung hat uns gezeigt, daß wir durchaus recht hatten. Die Situation in unserem Gewerbe ist so gut, wie kaum sonst. Sie würde noch besser sein, wenn nicht gewisse Sorgen eingetreten wären, daß wir im Laufe dieses Jahres einen Mangel an Spiritus haben würden. Im vorigen Jahre um diese Zeit hatten wir einen Bestand von 114 Mill. Litern, in diesem Jahre nur 63 Mill. Liter, das sind 51 Millionen Liter weniger. Wir sind im Oktober mit 30 Millionen Litern in die neue Kampagne eingetreten und es hat sich herausgestellt, daß diese ebenso hinreichten, um den Bedarf zu versorgen, und daß ohne große Schwierigkeiten nicht unter diese Ziffer hinuntergegangen werden darf. Es fehlen 21 Millionen Liter. Wir können nicht erwarten, daß die Produktion in diesem Jahre im Frühjahr erheblich größer sein würde als im Vorjahr. Dann aber wird im September und Oktober tatsächlich ein Mangel an Spiritus eintreten! Wie können wir dem begegnen? Nun, wir haben die Pflicht: wir müssen für Ware sorgen! (Beifall.) Die Geschäftsleitung der Spirituszentrale muß im Verein mit den Brennereibesitzern unter allen Umständen dafür sorgen, daß zur rechten Zeit der Spiritus vorhanden ist! (Allseitige Zustimmung.) Man könnte sich ja fragen, ob sich durch ein weiteres Treiben der Preise die Ware beschaffen ließe? Dem gegenüber müssen wir hervorheben, daß ein Syndikat, wie das unsrige, den Konsum nicht vergewaltigen darf! (Lebhafte Zustimmung.) Es wäre das einer der größten Fehler, den wir machen könnten. Die Preise dürfen nicht ins Ungemessene steigen. (Beifall.) Im Maßhalten liegt unsere Kraft! Unsere Basis soll die Kartoffelbrennerei bleiben. Der einzige Weg ist: früherer Beginn des Brennereibetriebes, Einsetzen mit größerer Intensität.

Der Vorsitzende v. Graß empfahl aus bester Ueberzeugung den Vorschlag des Herrn v. Putlitz. Einstimmig wurde darauf folgende Entschließung angenommen: Die Generalversammlung des Vereins der deutschen Spirituisfabrikanten erklärt, daß sie sich dem Beschlusse des Hauptvorstandes des Verwertungsverbandes deutscher Spirituisfabrikanten in allen Teilen anschließt und einen zeitigen Beginn der Brennkampagne im Interesse des Brennereigewerbes für notwendig erachtet. Alle Teilnehmer halten sich verpflichtet, für diesen Beschluß einzutreten und zur erneuten Betätigung der Einstimmigkeit des Gewerbes im Kreise ihrer Berufsgenossen für dessen Durchführung zu wirken! Eine Besprechung hatte nicht stattgefunden. Zum Schluß legte Professor Dr. Wittelhöfer die Fortschritte in der Spirituisbeleuchtung dar.

In der Düngerabteilung sprach Professor Dr. Gerlach aus Posen über die Gewinnung und landwirtschaftliche Verwendung des Kalkstickstoffes. Nach eingehenden wissenschaftlichen Darlegungen zum er zu dem Schluß, daß die Frage, ob der Landwirt den Kalkstickstoff, sofern er ihn preiswert erhalten kann, schon jetzt anwenden soll, verneint werden muß. Es ist zunächst erst Sache einer eingehenden Versuchstätigkeit, Vorteile und Nachteile einer derartigen Düngung genau zu prüfen und Vorschriften für eine zweckmäßige Anwendung des Kalkstickstoffes aufzustellen. Vielleicht wird sich auch dessen Wirkungswert in der Praxis noch wesentlich steigern lassen. Nach den Ergebnissen, welche die Gefäßversuche gezeitigt haben, ist dies sogar recht wahrscheinlich. Nachdem Dr. v. Lepel-Wieck über neue Versuche zur Nutzbarmachung des atmosphärischen Stickstoffs durch elektrische Flammenbogen berichtet, hielt Rittergutsbesitzer Wibrans-Calvörde einen Vortrag über die Stickstoffwirtschaft in der Moorerde. Trotz der Aussicht, sagte er, demnächst von der deutschen Industrie Stickstoffdünger beziehen zu können, und zwar zu billigeren Preisen als Chilisalpeter, muß es doch unsere ernstestie Aufgabe sein, diesen neuesten Düngerstoff in unseren Wirtschaften zu erzeugen und zu erhalten.

In der Obst- und Weinbauabteilung verhandelte man über die Ansprüche des Handels und der Industrie an den Obstbauenden Landwirt. Herr Müller-Diemitz als Berichterstatter wies darauf hin, wie uns das Ausland in dieser Beziehung bedeutend voraussteht. Der Deutsche hat, geleitet von dem Bestreben nach einer Mannigfaltigkeit von Sorten, den Obstbau mehr auf den Luxus zugeschnitten und in der Hauptsache den eigenen Wirtschaftsbedarf zu decken gesucht, er hat deshalb von den Ansprüchen, die der Handel und die Industrie an den Obstbau stellen, wenig Notiz genommen, das Ausland hat aber diesen Wünschen in vieler Beziehung Rechnung getragen und erreicht, daß das ausländische Obst ein begehrter Handelsartikel geworden ist. Der immer mehr hervortretende Mangel an Obst hat zu einer bedeutenden Erweiterung der Obstanlagen geführt, und diese bedingt, daß man für die Zeit, wo diese Anlagen ertragsfähig werden, im voraus die Absatzwege zu ebnen bestrebt sein muß.

Professor Dr. Sieglich aus Dresden erstattete einen Bericht über das Beinfröhsche Schutzverfahren gegen Nachtfrost. Dies Frostschutzverfahren beruht auf der Anwendung und Erzeugung einer Rauch- und Wasserdampfhülle, ist also in seinen Grundgedanken nicht neu, wohl aber bietet das Verfahren in seiner Handhabung und Gefahrlosigkeit gegenüber der bisherigen Art der Raucherzeugung durch offenes Feuer und die hierbei mögliche Entwickelung pflanzenschädlicher Rauchgase unbedingte und wesentliche Vorzüge.

Aus Nah und Fern.

Verbilligung des Telephonverkehrs. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach der die Gebühr für eine während der Tagesdienststunden ausgeführte Gesprächsverbindung von nicht mehr als drei Minuten Dauer im Nachbarortsverkehr vom 1. April d. J. ab auf zehn Pfennige herabgesetzt wird. Für die Nachtzeit beträgt die Gebühr 20 Pfennige.

Kundgebung in Prag. Sonntag vormittag fand in der russischen Kirche in Prag ein Bittgottesdienst für die russischen Krieger statt, dem auch der Bürgermeister und das Stadtverordnetenkollegium beiwohnten. Vor der Kirche hatte sich eine Menschenmenge angesammelt und begrüßte Bürgermeister und Stadtverordnete mit lebhaften Hochrufen; aber auch einzelne Pfiffe und Protestrufe wurden laut. Die Sicherheitswache verhaftete drei Personen. Nach dem Gottesdienste wurden vor dem Rathause und dem russischen Konsulate lebhafte Hochrufe auf die Russen und Schmährufe auf die Deutschen ausgebracht. Die Polizei verhaftete einige Beteiligte. Ein Teil der Menge wollte vor das amerikanische Konsulat ziehen. Die Polizei sperrte aber die Straßen, zerstreute die Menge und verhinderte so weitere Kundgebungen.

Explosion und Feuersbrunst in Paris. In einer Fabrik von Zelluloidkämmen am Boulevard Sebastopol unweit der Zentralmarkthalle entstand Sonnabend nachmittag 1 Uhr infolge einer Explosion eine Feuersbrunst, bei der 12 Personen getötet und 14 verwundet wurden. Durch die Explosion wurden die Nachbargebäude zum Erschüttern gebracht und alle Schaufenster darin zertrümmert. Gleich nach der Explosion schlugen helle Flammen aus den Fenstern des Gebäudes, in dem sich die Fabrik befindet. Das Haus geriet sofort in Brand. Die darin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie andere Bewohner des Hauses stürzten mit brennenden Kleidern unter gellenden Hilferufen auf die Balkone heraus; einige sprangen in der Verzweiflung vom dritten Stockwerk auf die Straße. Die Feuerwehr erschien sofort, drang trotz großer Schwierigkeiten in das Haus ein und rettete verschiedene Personen. Um 3 Uhr war das Feuer bewältigt. Unter den Verletzten befinden sich sechs Feuerwehrleute. Unter den bei dem Feuer ums Leben gekommenen Personen befinden sich fünf Männer, fünf Frauen und zwei Kinder. Alle sind bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Außerdem sind zwei Frauen sterbend ins Krankenhaus gebracht worden.

Italienische Zustände. In dem Zentralbureau der Telephongesellschaft in Rom, welcher schon seit einiger Zeit Unregelmäßigkeiten vorgeworfen werden, wurde, wie das „Giornale d'Italia" meldet, Sonnabend nachmittag von dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter eine Haussuchung vorgenommen; alle Bücher und Register wurden beschlagnahmt.

Sturm. In der Nacht und Sonntag vormittag wütete in Wien ein orkanartiger Sturm, durch welchen zahlreiche Personen, unter ihnen einige schwer, verletzt wurden. Der an Gebäuden angerichtete Schaden ist groß.

Schiffsuntergang. Laut aufgefundener Flaschenpost ist das Schiff „Ellwangen" mit 24 Mann Besatzung an der schleswigschen Küste untergegangen.

Unglück auf See. Der nach Valencia bestimmte Dampfer „Roman" wurde unweit Quessant durch Unwetter stark beschädigt. Drei Mann der Besatzung sind umgekommen.

Brand. Das aus staatlichen Mitteln erbaute Kornlagerhaus in Stolp ist Sonnabend morgen zwischen 3 und 4 Uhr wahrscheinlich infolge von Kurzschluß der elektrischen Leitung in Brand geraten und wird bis auf die Umfassungsmauern niederbrennen.

Bluttat. Der Buchhalter Schrauder in Bamberg [illegible] Onkel, einen Gärtner, sowie dessen Frau und Tochter erschlagen. Der Täter war früher in einer Irrenanstalt.

Württembergischer Journalisten- und Schriftstellerverein. In einer von etwa 50 Redakteuren und Schriftstellern aus der Stadt Stuttgart und dem Lande besuchten Versammlung wurde ein Württembergischer Journalisten- und Schriftstellerverein gegründet.

Provinz Sachsen und Umgebung.

— **Wieda** (Südharz), 20. Febr. (Explosion.) Der „Nordh. Ztg." wird von hier geschrieben: Die neue, von der Regierung empfohlene Zündholzmasse hat hier in der Schröderschen Zündholzfabrik einen bedauernswerten Unglücksfall verursacht; sie explodierte und verletzte die Arbeiterin Auguste Seifert an den Händen und im Gesicht erheblich.

— **Weimar**, 20. Febr. (Freisprechung des Bürgermeisters.) Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts fand heute die vom Reichsgericht angeordnete erneute Verhandlung gegen den früheren Ersten Bürgermeister von Eisenach Dr. v. Fewson statt, welcher von der Strafkammer in Eisenach wegen Amtsvergehens zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt war. Der Gerichtshof erkannte heute auf Freisprechung, da dem Angeklagten in objektiver wie subjektiver Hinsicht keine Schuld zuzuschreiben sei.

Letzte Telegramme.

Der Krieg in Ostasien.

Port Arthur, 21. Februar. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Am 9. Februar machte der japanische Gesandte dem Kaiser von Korea die Mitteilung, daß Korea sich von jetzt an **unter japanischer Verwaltung befinde.** Falls es sich nicht unterwürfe, würde der Palast durch Truppen besetzt werden. Weder der koreanischen Regierung, noch den fremden Gesandten ist von den Japanern vorläufig die Mitteilung von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zugegangen. — Eine Nachricht aus Tientsin meldet die Ausschiffung von 5000 Japanern nach Tschemulpo. — Aus Peking wird gemeldet, daß der britische, der amerikanische, der französische, der deutsche und der italienische Gesandte eine gemeinsame Note an den russischen und den japanischen Gesandten überreichten, den Krieg in der Mandschurei zu begrenzen und **nicht auf chinesisches Gebiet hinüber zu spielen.**

Aden, 21. Februar. (Reutermeldung.) Als das englische Paketboot „Mongolia" 460 Meilen nördlich von Aden gestern nachmittag **einem russischen Panzerschiff und 4 Torpedobootjägern begegnete,** versuchte eines der letzteren Fahrzeuge es abzufangen, doch blieb der Versuch erfolglos. Das Geschwader begann alsdann die Verfolgung der „Mongolia", ohne sie zu erreichen. Als das Geschwader „Halt" signalisierte, stoppte die „Mongolia"; nach vorgenommener Untersuchung signalisierte ein Torpedobootjäger: „Bitte um Entschuldigung." Das Geschwader hoffte augenscheinlich, ein japanisches Schiff abzufangen.

Shanghai, 20. Februar, 10 Uhr abends. Gedrängt von dem japanischen Konsul, befahl der Taotai, daß das hier liegende **russische Kanonenboot** vor 5 Uhr nachmittags den Hafen verlasse. Das Kanonenboot kam jedoch dem Befehl nicht nach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190402221-18/fragment/page=0003

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Dienstag, 23. Februar: Wärmer, sonnig, teils wolkig, windig.
Mittwoch, 24. Februar: Milde, angenehm, nachts kalt, meist trocken.

Wasserstände.

Nach amtlichen Nachrichten der Königl. Elbstrom-Bauverwaltung.
Beobachtet in der Mittagszeit.
(⊕ bedeutet über, — unter Null.)

					Fall	Wuchs
Saale.						
Halle	21. Febr.	+ 2,32	22. Febr.	+ 2,28	0,04	—
Trotha	„	+ 2,76	„	+ 2,76	—	—
Alsleben	19. Febr.	+ 2,90	20. Febr.	+ 2,86	0,04	—
Bernburg	„	+ 2,50	„	+ 2,45	0,05	—
Calbe, Obp.	„	+ 2,04	„	+ 1,98	0,06	—
do. Untp.	„	+ 2,34	„	+ 2,22	0,12	—
Unstrut.						
Straußfurt	19. Febr.	+ 1,90	20. Febr.	+ 1,70	0,20	—
Moldau.						
Budweis	18. Febr.	+ 0,30	19. Febr.	+ 0,30	—	—
Prag	„	+ 0,84	„	+ 0,86	—	0,02
Havel.						
Brandenburg	19. Febr.		20. Febr.			
Oberpegel	„	+ 2,25	„	+ 2,20	0,05	—
Unterpegel	„	+ 1,62	„	+ 1,65	—	0,03
Rathenow						
Oberpegel	„	+ 1,64	„	+ 1,66	—	0,02
Unterpegel	„	+ 1,15	„	+ 1,15	—	—
Havelberg	„	+ 2,78	„	+ 2,83	—	0,05
Elbe.						
Pardubitz	18. Febr.	+ 0,66	19. Febr.	+ 0,68	—	0,02
Brandeis	„	+ 0,73	„	+ 0,72	0,01	—
Melnik	„	+ 0,74	„	+ 0,70	0,04	—
Leitmeritz	19. Febr.	+ 0,54	20. Febr.	+ 0,56	—	0,02
Aussig	„	+ 1,09	„	+ 1,07	0,02	—
Dresden	„	— 0,38	„	— 0,46	0,08	—
Torgau	„	+ 2,04	„	+ 1,89	0,15	—
Wittenberg	„	+ 2,75	„	+ 2,66	0,09	—
Roßlau	„	+ 2,26	„	+ 2,21	0,05	—
Aken	„	+ 2,56	„	+ 1,48	0,08	—
Barby	„	+ 2,77	„	+ 2,68	0,09	—
Magdeburg	„	+ 2,37	„	+ 2,30	0,07	—
Tangermünde	„	+ 3,45	„	+ 3,32	0,13	—
Wittenberge	„	+ 2,95	„	+ 3,02	—	0,07
Lenzen	„	+ 2,98	„	+ 3,07	—	0,09
Dömitz	„	+ 2,36	„	+ 2,45	—	0,09
Darchau	„	+ 2,06	„	+ 2,15	—	0,09
Lauenburg	„	+ 2,29	„	+ 2,36	—	0,07

Börsen- und Handelsteil.

Tages-Marktberichte.

— **Berlin**, 20. Februar. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, märk. 173,50—176,00 ℳ ab Bahn, Mai 182,75—183,00 ℳ, Juli 184,00 Mark, September 185,00 ℳ. Roggen märk. 134,00 ℳ ab Bahn, Mai 143,25—143,00—143,50 ℳ, Juli 145,75 ℳ, September 146,75 Mark. **Gerste**, leichte inländ. Futtergerste 124,00—130,00 ℳ, schwere 131,00—140,00 ℳ ab Bahn und frei Wagen, russ. und Donaugerste 111,00—118,00 ℳ frei Wagen. Hafer, märk., mecklenburg., pomm., preuß., pos. und schles. fein 139,00—155,00 ℳ, mittel 131,00—138,00 ℳ, gering 127,00—130,00 ℳ ab Bahn und frei Wagen. **Mais**, La Plata 114,00—115,00 ℳ, russ. 121,00 ℳ frei Wagen. Erbsen, inländ. und russ. Futterware mittel 137,00—143,00 ℳ, feine 144,00—161,00 ℳ, kleine Kocherbsen 160,00—190,00 ℳ ab Bahn und frei Wagen. **Weizenmehl** 00 22,50—23,75 ℳ. Roggenmehl 0 und 1 17,50—19,20 ℳ. **Weizenkleie** 9,00—9,80 ℳ. Roggenkleie 9,30—9,80 ℳ ab Mühle. — **Mittagsbörse: Weizen** märk. 172,00—174,50 ℳ ab Bahn, Mai 182,25—182,50—181,75 ℳ, Juli 183,25—182,50—182,75 ℳ, September 184,50—184,00—184,25 ℳ. **Roggen** märk. 134,00 ℳ ab Bahn, inländ. 133,50 ℳ ab Boden, Mai 142,50—142,75—142,25 bis 142,50 ℳ, Juli 145,00—145,25—145,00 ℳ, September 146,25 bis 146,50—146,25 ℳ. Hafer, märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. und schles. fein 139,00—155,00 ℳ, mittel 130,00—138,00 ℳ, gering 126,00—129,00 ℳ. **Mais** 131,75—132,25 ℳ, Juli 134,50—134,75 ℳ. **Mais** amerik. mixed 123,00 ℳ, La Plata 114,00—116,00 ℳ, Mai 116,75 ℳ bez. u. G. **Weizenmehl** 00 22,50—24,00 ℳ. Roggenmehl 0 und 1 17,60—19,30 ℳ, Mai 18,30—18,20 ℳ, Juli 18,70 bis 18,60 ℳ. Rüböl Februar 46,60 ℳ G., Mai 46,70—46,60 ℳ, Oktober 47,70—47,60 ℳ — Preise um 2½ Uhr (nichtamtlich): Weizen Mai 182,25 ℳ, Juli 183,25 ℳ, September 184,50 ℳ. Roggen Mai 143,00 ℳ, Juli 145,50 ℳ, September 146,75 ℳ. Hafer Mai 132,25 ℳ, Juli 134,75 ℳ. Mais Mai 116,75 ℳ, Juli 117,25 Mark. Mehl Mai 18,20 ℳ, Juli 18,60 ℳ. Rüböl loko 46,80 ℳ, Februar 46,60 ℳ, Mai 46,60 ℳ, Oktober 47,60 ℳ.

Zentralstelle der Preußischen Landwirtschaftskammern.
Notierungsstelle.

20. Februar 1904.

a) Für inländisches Getreide ist in Mark per Tonne gezahlt worden:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Königsberg i. Pr.	170—178	130—136	—	—
Goldap	146—160	125—135	118—126	108—122
Allenstein	165—174	130—135	117—125	121—130
Danzig	186—187	134	129—135	124—135
Thorn	170—178	126—134	124—126	124—134
Uckermark	158—176	126—136	128—147	120—144
Mittelmark, Priegnitz	160—173	125—136	125—135	120—142
Neumark	162—172	128—135	125—127	124—136
Lausitz	164—174	128—138	130—140	128—142
Stettin (Bezirk)	165—173	128—134	133—150	123—128
Stettin (Plap)	165—173	128—133	—	—
Posen	162—175	118—128	118—129	125—130
Bromberg	175	125—126	—	—
Lissa	164—174	120—125	116—120	113—118
Schneidemühl	162—165	124—125	128—130	118—120
Breslau	165—175	122—132	119—135	111—121
Neiße	170—178	128—134	124	110—114
Jauer	170—175	125—130	125—135	115—121
Goldberg	173—175	127—130	130—135	118—120
Magdeburg	150—160	129—134	133—166	121—126
Altmark	140—161	120—130	130—140	124—140
Merseburg westl. d. Mulde	153—160	128—130	138—154	120—131
Erfurt	150—160	122—138	150—160	115—126
Kiel	164	134	130	135
Hannover Süd	153—164	130—140	130—170	119—140
do. Elbe Weser	156—162	120—140	—	134—140
do. West	144—164	130—140	125	110—128
Münsterland	159	137—140	—	128
Westf. Industriebezirke	158—166	135—143	123—131	132—140
Paderbornerland	160	136—144	—	127
Fulda	160-162½	130-132½	145—150	122—125
Kassel	163—165	135—137	140—150	120—130

b) Nach privater Ermittelung:

Stadt	755 g. p. l.	712 g. p. l.	573 g. p. l	450 g. p. l.
Berlin	178	137	—	131
Königsberg i. Pr.	176	135	122	128
Breslau	176	132	135	121
Posen	172	124	129	119
Hannover	164	140	—	140
Neuß	172	136	—	122
Mannheim	181	148	—	136
Hamburg	174	144	—	—

Raps: Breslau 204 ℳ.

c) Weltmarktpreise

auf Grund eigener heutiger Depeschen in Mark per Tonne einschl. Fracht, Zoll und Spesen, aber ausschließlich der Qualitätsunterschiede.

am 20. Febr., am 19. Febr.

Von Newyork nach Berlin Weizen	loko 108 Cts.	ℳ 210,00	ℳ 197,50
„ Chicago „ „ „	Mai 102⅝ Cts.	„ 213,75	„ 208,75
In Liverpool frei „ „	März 6 sh. 8¾ d.	„ 189,00	„ 186,75
Von Odessa nach „	loko 92 Kop.	„ 176,00	„ 174,50
„ Riga „ „ „	loko 99 Kop.	„ 178,00	„ 176,50
In Paris	Febr. 22,55 fcs.	„ 183,00	„ 181,75
Von Newyork nach Berlin Roggen	loko 72½ Cts.	„ 163,25	„ 163,25
„ Odessa „ „ „	loko 73 Kop.	„ 152,50	„ 151,00
„ Riga „ „ „	loko 80 Kop.	„ 153,50	„ 152,00
„ Newyork nach Berlin Mais	Mai 61½ Cts.	„ 125,50	„ 124,00

— **New-York**, 19. Febr., 6 Uhr abends. Warenbericht (Die eingeklammerten Notierungen sind vom 18. Febr.) Baumwolle-Preis in New-York 14,50 (13,75), Lieferung Juni 14,10 (13,77), Lieferung Aug. 13,57 (13,28), in New-Orleans 13¾ (13⅜), Petroleum, Stand white in New-York 8,95 (8,95), in Philadelphia 8,90 (8,90), Rafined (in Cases) 11,65 (11,65), Credit Balances at Oil City 1,80 (1,80), Schmalz, Western steam 8,00 (7,90), Rohe & Brothers 8,00 (7,90), Mais*) per Mai 61⅛ (60⅞), Juli 61 (58⅝), Sept. — (—), Weizen*) roter Winterweizen loco 106—110 (100), Weizen per Febr. —,— (—,—), per Mai 102⅝ (101), per Juli 98⅞ (96⅞), per Sept. 91⅞ (89⅞), Getreidefracht nach Liverpool 1⅛ (1⅛), Kaffee fair Rio Nr. 7 7⅞ (7⅞). Rio Nr. 7 per März 5,80 (5,75), per Mai 6,00 (5,95), Mehl, Spring-Wheat clears 4,20 (4,00), Zucker 2 13/16 (2 13/16), Zinn 28,37—28,75 (28,45), Kupfer 12,50—12,75 (12,50—12,75).

— **Chicago**, 19. Febr., 6 Uhr abends. Warenbericht. (Die eingeklammerten Notierungen sind vom 18. Febr.) Weizen*) per Mai 102¾ (99⅞), per Juli 92⅞ (90). Mais**) per Mai 56⅛ (55⅝), Schmalz per Mai 7,90 (7,77), per Juli 8,05 (—,—), Speck short clear 7,25—7,37 (7,12—7,25), Pork per Mai 15,57 (15,15).

*) Tendenz Weizen: fest.
**) Tendenz Mais: stetig.

Wochen-Marktberichte.

— **Wochenbericht für Kali-Kuxe.** (Mitgeteilt vom Bankhause Friedmann & Weinstock, Halle.) Die vergangene Woche ist für fast alle Effektenmärkte ebenso wenig erfreulich gewesen wie die vorletzte Woche. Der ostasiatische Konflikt hat eine allgemeine Unsicherheit hervorgerufen, die gesteigert wird durch die Möglichkeit, daß aus demselben noch weitgehende internationale Komplikationen entstehen könnten. Für den Kalikuxenmarkt kommen nun die kaum noch Aussicht auf Erfolg versprechenden Verhandlungen wegen Verlängerung des Kalisyndikats hinzu. Da ein weiteres Entgegenkommen der alten Werke ausgeschlossen erscheint, so soll ein Zusammenschluß der jungen Werke zu einem Syndikat bewirkt werden, und so wird man denn wohl oder übel auf diesem Gebiete mit drei Parteien zu rechnen haben: dem Syndikate der alten Werke, dem der neuen Werke und dem Fiskus. Der eigentliche Zweck des Syndikats wird hierdurch von vornherein illusorisch, da man sich auf einen erbitterten Konkurrenzkampf gefaßt machen muß, aus dem das Ausland jedenfalls den besten Nutzen ziehen wird. Bevor es zu diesem Aeußersten kommt, dürfte es doch nicht mehr wie recht und billig sein, die Gewerke der in Frage kommenden Gewerkschaften, auf deren Kosten doch der Konkurrenzkampf geführt werden muß, um ihre Meinung und Entschließung nach der einen oder der anderen Seite hin zu befragen, und es ist geradezu erstaunlich und unverständlich, daß sich in diesen Kreisen bisher Stimmen in dieser Richtung noch nicht geltend gemacht haben. Wenn man auch den Leitern eines Werkes das größte Vertrauen und die weitgehendsten Befugnisse einräumt, so dürfte doch bei Fragen von solch eminenter entscheidender Bedeutung, von denen das Sein oder Nichtsein eines Werkes abhängen kann, den Gewerken erst durch eine einguberufende Versammlung Gelegenheit zur Meinungs- und Willensäußerung geboten werden. — Daß sich der Kuxenmarkt in verflossener Woche trotz dieser wenig günstigen Aussichten relativ gut halten konnte, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß hier keine große Ueberspekulation besteht, sondern sich das Material meist in festen Händen befindet. Weiterhin waren Hohenfels, Hohenzollern, Carlsfund, Burbach, Justus I, Hedwigsburg und Alexandershall, die zu leicht anziehenden Preisen aus dem Markt genommen wurden. Außerordentlich lebhaftes Geschäft entwickelte sich in Heldrungen, die in größeren Posten bis 2300 Mk. von dem Werke nahestehenden Seiten aus dem Markt genommen wurden, zum Wochenschluß jedoch wieder einem empfindlichen Rückschlag unterlagen. Schwach verkehrten hingegen Kaiseroda, Wilhelmshall, Wintershall und Salzgitter-Vorzugs-Aktien.

— **Düsseldorf**, 18. Febr. A. Kohlen und Koks. I. Gas- und Flammkohlen: a. Gaskohle für Leuchtgasbereitung 11,00—13,00 ℳ, b. Generatorkohle 10,50—11,80 ℳ, c. Gasflammförderkohle 9,75—10,75 ℳ. II. Fettkohlen: a. Förderkohle 9,00—9,80 ℳ, b. beste melierte Kohle 10,50—11,50 ℳ, c. Kokskohle 9,50—10,00 ℳ. III. Magere Kohlen: a. Förderkohle 7,75—9,00 ℳ, b. melierte Kohle 9,50—10,50 ℳ, c. Nußkohle Korn II. (Anthracit) 19,50—24,00 ℳ. IV. Koks: a. Gießereikoks 16,00—17,00 ℳ, b. Hochofenkoks 15,00 ℳ, c. Nußkoks, gebrochen 17,00—18,00 ℳ. V. Briketts: —,— ℳ. B. Erze: 1) Rohspat, je nach Qualität 10,70 ℳ, 2) Spateisenstein, gerösteter, je nach Qualität 15,00 ℳ, 3) Somorrostro f. o. b. Rotterdam —,— ℳ, 4) nassauischer Roteisenstein mit etwa 50% Eisen —,— ℳ, 5) Rasenerze, franko —,— ℳ. C. Roheisen: 1) Spiegeleisen Ia. 10—12% Mangan 67,00 ℳ, 2) weißstrahl. Qual.-Puddelroheisen: a. rheinisch-westfälische Marken 56 ℳ, b. Siegerländer Marken 56 ℳ, 3) Stahleisen 58 ℳ, 4) englisches Bessemereisen cif. Rotterdam —,— ℳ, 5) spanisches Bessemereisen, Marke „Mudela", cif. Rotterdam —,— ℳ, 6) deutsches Bessemereisen 68,00 ℳ, 7) Thomaseisen fr. Verbrauchsstelle 57,40—58,10 ℳ, 8) Puddeleisen (luxemb. Qual.) ab Luxemburg 45,60—46,10 ℳ, 9) engl. Roheisen Nr. III. ab Ruhrort —,— ℳ, 10) luxemburgisches Gießereieisen Nr. III. ab Luxemburg 52 ℳ, 11) deutsches Gießereieisen Nr. I. 67,50 ℳ, 12) do. Nr. II —,— ℳ, 13) do. Nr. III. 65,50 ℳ, 14) deutsches Hämatit 68,50 ℳ, 15) span. Hämatit (Marke „Mudela") ab Ruhrort —,— ℳ. D. Stabeisen: Gewöhnliches Stabeisen (Flußeisen) 108,00 ℳ, Schweißeisen 120,00 ℳ. E. Bleche: 1) Gewöhnliche Bleche aus Flußeisen 120—130 ℳ, 2) do. aus Schweißeisen —,— ℳ, 3) Kesselbleche aus Flußeisen 150,00 ℳ, 4) do. aus Schweißeisen —,— ℳ, 5) Feinbleche —,— ℳ. F. Draht: 1) Eisenwalzdraht —,— ℳ, 2) Stahlwalzdraht —,— ℳ. Kohlen- und Eisenmarkt still. Nächste Börse am Donnerstag, 3. März.

Waren- und Produktenberichte.

Getreide.

* **Hamburg**, 20. Februar. Weizen fest, holsteinischer und mecklenburgischer 170—180. Hard Winter Nr. 2 Februar-Abladung 144. Roggen fest, südrussischer fest, 9 Pud 20/25 Februar-Abladung 112—115, holsteinischer und mecklenburgischer 142—148. Mais fest, Amerik. mixed Februar-Abladung 98,00. Hafer fest, Gerste fest.

* **Pest**, 20. Februar. Weizen fest, per April 8,89 Gd., 8,90 Br., per Oktober 8,58 Gd., 8,59 Br. Roggen per April 7,04 Gd., 7,05 Br., per Oktober 6,95 Gd., 6,96 Br. Hafer per April 5,84 Gd., 5,85 Br., per Oktober 5,85 Gd., 5,86 Br. Mais per Mai 5,51 Gd., 5,52, Br., do. per Juli 5,62 Gd., 5,63 Br.

* **Antwerpen**, 20. Februar. Weizen steigend, Roggen steigend, Hafer behauptet, Gerste steigend.

* **London**, 20. Februar. An der Küste ——— Weizenladung angeboten.

* **Paris**, 20. Februar. (Anfang.) Weizen fest, per Februar 22,60, per März 22,85, per März-Juni 22,90, per Mai-August 22,80. Roggen ruhig, per Februar 15,15, per Mai-August 15,40.

* **Paris**, 20. Februar. (Schluß.) Weizen fest, per Februar 22,70, per März 22,95, per März-Juni 23,05, per Mai-August 23,00. Roggen ruhig, per Februar 15,15, per Mai-August 15,40.

Raps.

* **Hamburg**, 20. Februar. Rapssaat. Holstein., mecklenburger und niederelber (unverzollt) 185—195 Mk.

* **Pest**, 20. Februar. Raps per August 11,45 Gd., 11,55 Br.

Zucker.

* **Hamburg**, 20. Februar. (Anfangsbericht). Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Februar 15,80, per März 15,90, per Mai 16,30, per August 16,70, per Oktober 17,15, per Dezember 17,15. Ruhig.

* **Hamburg**, 20. Februar. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Februar 15,80, per März 15,95, per Mai 16,45, per August 16,85, per Oktober 17,20, per Dezember 17,20. Stetig.

* **London**, 20. Februar. 96% Prog. Java-Zucker loko stetig, 8 sh. 7½ d. Verkäufer, Rüben-Rohzucker loko stetig, 7 sh. 11½ d. Wert gehandelt.

Kaffee.

* **Hamburg**, 20. Februar, vorm. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos. März 34½ G., Mai 35 G., Juli 36 G., September 37. Tendenz: Ruhig.

* **Hamburg**, 20. Februar, nachm. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos. März 34½ G., Mai 35¾ G., Juli 35¾ G., September 36¾ G. Tendenz: Stetig.

* **Amsterdam**, 20. Februar. Java-Kaffee good ordinary 31¾.

* **Havre**, 20. Februar. Kaffee. Good average Santos per März 42,00, Mai 42,50, Juli 43,50, September 45,75. Tendenz: Behauptet.

* **Newyork**, 19. Februar. Kaffee schloß stetig, 5—10 Punkte höher. Zufuhren in Rio 10 000 Sack, in Santos 5000 Sack.

Petroleum.

* **Hamburg**, 20. Februar. Petroleum ruhig, Standard white loko 7.80 Br.

* **Antwerpen**, 20. Februar. Petroleum. Raff. Type weiß loko 21¼ bez., Br., do. per Februar 21¼ Br., do. per März 21½ Br., do. per April 21½ Br. Tendenz: Ruhig.

Spiritus.

* **Nordhausen**, 17. Feb. Branntwein 40 Vol.-% für 100 Kilogr. (105—106 Ltr.) 62,50—64,50 Mk. Branntwein 45 Vol.-% für 100 Kilogr. (106—107 Ltr.) 69,50—71,50 Mk., ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Kommission der Branntweinfabrikanten durch die Handelskammer notiert.

* **Hamburg**, 20. Februar. Spiritus still, Februar 26,50 Br., 26,00 G., Februar-März 26,50 Br., 26,00 G., März-April 25,50 Br., 25,00 G.

* **Paris**, 20. Februar. (Anfangsbericht.) Spiritus matt, Februar 44,00, März 43,75, Mai-August 41,75, September-Dezember 36,25.

* **Paris**, 20. Februar. (Schlußbericht.) Spiritus matt, Februar 43,75, März 43,75, Mai-August 41,50, September-Dezember 35,25.

Hülsenfrüchte.

* **Magdeburg**, 20. Februar. Erbsen, gelbe zum Kochen 17,00 bis 21,00 Mk., Speisebohnen (weiße) 19,00—38,00 Mk., Linsen 19,00 bis 34,00 Mk., alles für 100 kg.

Oelsaaten. Oele. Fettwaren.

* **Köln**, 20. Februar. Rüböl loco 51,00, Mai 49,50.

* **Hamburg**, 20. Februar. Rüböl ruhig, loco 48,00.

* **Amsterdam**, 20. Febr. Leinöl stau, loco —, März 18⅝, März-Mai —, Juni-August 18¼, Sept.-Dez. 18¼, Jan.-Mai —.

* **Hamburg**, 19. Februar. Schmalz. Amerik. Steam 38½ Mk., do. raff. in Tierces, Marke Armour's Spezial 38¾ Mk., do. do. Chamberlain, Roe u. Co. 39½ Mk., do. do. Choice Grocery 37 Mk., div. Marken 38½—39½ Mk. Alles per 50 Kilogr. netto transito.

* **Paris**, 20. Februar. (Schluß-Bericht.) Rüböl matt, Febr. 49,75, März 49,50, Mai-August 50,25, Sept.-Dez. 51,00.

Kartoffeln. Stärke. Kartoffelmehl.

* **Berlin**, 20. Februar. Kartoffelstärke 22,50 Mk., Kartoffelmehl 22,50 Mk., feuchte Stärke 12,90 Mk.

* **Hamburg**, 19. Febr. Kartoffelstärke 21¾—22¼ Mk., Lieferung März-April 21¾—22¼ Mk., Kartoffelmehl, prompt 22—22½ Mk., Lieferung März-April 22—22½ Mk., Superior-Stärke 22¼—22¾ Mk., Superior-Mehl 22¼—23 Mk. per 100 Kilogramm.

* **Magdeburg**, 20. Februar. Eßkartoffeln, 6,00—7,50 Mk. für 100 kg.

Fleisch. Butter. Eier.

* **Magdeburg**, 20. Februar. Rindfleisch im Großhandel 1,00 bis 1,10 Mk., von der Keule 1,40—1,60 Mk., Bauchfleisch 1,20—1,30 Mk. Schweinefleisch 1,20—1,40 Mk., Kalbfleisch 1,20—1,30 Mk., Hammelfleisch 1,20—1,30 Mk., Speck, geräuch., 1,40—1,60 Mk., Eßbutter 2,20 bis 2,60 Mk., alles für 1 kg, Eier für 60 Stück 3,60—4,20 Mk.

Fische.

* **Hamburg**, 19. Februar. Die heutigen Engrospreise stellten sich je nach Qualität per Pfund: Steinbutt, große und mittel 125—140 Pfg., kleine 60—90 Pfg., Seezungen, große 220—230 Pfg., kleine 145 bis 160 Pfg., dänische 200—220 Pfg., Kleiße, große 65—90 Pfg., kleine 35—40 Pfg., Rotzungen 62—75 Pfg., Schollen, große 60—80 Pfg., mittel 55—65 Pfg., kleine 30—35 Pfg., lebende Karpfen 85 Pfg., Schellfische, große 35—50 Pfg., mittel 30—40 Pfg., kleine —,— Pfg., Cabliau, große 10—25 Pfg., kleine 10—22 Pfg., Seehechte —,— Pfg., Lengfisch 15—18 Pfg., Blaufisch 15—18 Pfg., Knurrhähne 10 bis 15 Pfg., Dorsch 15—35 Pfg., Rochen 10—12 Pfg., Elbfalch 320 Pfg., Lachs, rothf., —,— Pfg., Silberlachs —,— Pfg., Lachsforellen 120—250 Pfg., Zander 55—90 Pfg., Flußhechte 60—70 Pfg., Schnepel 22—28 Pfg., Barse 30—35 Pfg., Brachsen 30—35 Pfg., Hummern, lebende 280 Pfg.

Stroh. Heu.

* **Magdeburg**, 20. Februar. Richtstroh 3,60—4,30 Mk., Krummstroh 2,50—3,20 Mk., Heu 6,00—7,20 Mk. für 100 kg.

Baumwolle und Wolle.

* **Bremen**, 20. Februar. Baumwolle. Stetig. Upland middling loco 71 Pfg.

* **Antwerpen**, 20. Febr. Wolle. La-Plata-Zug Type B. März 4,95 Käufer, Dezember 4,90 Käufer. Ruhig.

* **Havre**, 19. Februar. 3¾ Uhr. Wolle. Februar 151,50 Juli 156,00. Tendenz: Ruhig.

* **Liverpool**, 20. Febr. (Schluß-Bericht.) Baumwolle. Umsatz 5000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz: Stetig.

Amerikan. good ordinary Lieferungen: Trüge.

Per Februar	7,16,	Per Juni-Juli	7,19,
„ Febr.-März	7,16,	„ Juli-August	7,18,
„ März-April	7,16,	„ Aug.-Sept.	7,01,
„ April-Mai	7,17,	„ Sept.-Okt.	6,35,
„ Mai-Juni	7,19,	„ Okt.-Nov.	6,05.

Metalle.

* **Amsterdam**, 20. Februar. Banczinn behauptet, loco 76¼.

* **London**, 20. Febr. Silber 27¼ Lstrl., Chili-Kupfer 56¾ Lstrl. per 3 Monate 56 Lstrl., Blei span. 11⅝ Lstrl., engl. 12 Lstrl., Zinn 126½ Lstrl., Zink 21⅝ Lstrl.

* **Glasgow**, 20. Februar. (Schlußbericht.) Roheisen. Mixed numbers warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough 42 sh. 9 d.

Düngemittel.

* **Hamburg**, 19. Februar. (Chile-Salpeter.) Loco ab Lager 9,70.

* **Rio de Janeiro**, 19. Februar. Wechsel auf London 12 5/16.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: **Dr. Walther Gebenlieder**; für Provinz u. Allgemeines: **Otto E. Neumann**; für Lokales: **Erich Bentzner**; für den Börsen- und Handelsteil: **Adelbert Kirsten**, sämtlich in Halle a. S. Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich **„An die Redaktion der Hallschen Zeitung in Halle a. S."** zu adressieren — Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen. Sendungen, welche eventuell zurückgesandt werden sollen, muß das Porto beigefügt sein.

Die Merseburger Filiale der Hallschen Zeitung befindet sich Gotthardstr. 45 bei **Carl Brendel**.

Für die Inserate verantwortlich: Otto Brakel, Halle a. S.

Mit 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190402221-18/fragment/page=0004